

K1 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1. Berlin gemeinsam machen

1.1. Neue Demokratie: Die Stadt gehört uns allen

Beteiligung – Demokratie – neue politische Kultur

Berlin – das sind wir alle, die hier leben. Die Berliner*innen wollen ihre Stadt mitgestalten, jetzt und für die Zukunft. Sie sind bereit, loszulegen und Verantwortung zu übernehmen – wenn man sie nur lässt. Die Berliner*innen prägen mit ihrem Erfindungsreichtum und ihrem Engagement die Stadt. Sie wollen vollkommen zu Recht mitreden und mischen sich ein. Und das ist gut, denn eine lebendige Zivilgesellschaft lebt vom Austausch und dem Ringen um die besten Lösungen.

Deswegen ist es an der Zeit für eine neue politische Kultur der echten Mitsprache. Von Großprojekten wie Olympia bis zum Bauvorhaben im eigenen Kiez bereichern Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie die Stadt und die parlamentarische Demokratie. Engagierte Bürger*innen sind Berlins wertvollste Ressource. Regieren bedeutet heute, die eigene Politik im Dialog mit den Menschen weiterzuentwickeln, unterschiedliche Positionen anzuerkennen und für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen.

Wir sind dazu bereit: Wir haben uns für das Tempelhofer Feld stark gemacht und gemeinsam mit 230.000 Berliner*innen das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ für ein Stromnetz in Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf neue Füße stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide mit dem nächstmöglichen Wahltermin zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden. Wir wollen die Rechte der Bürger*innen stärken und bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern.

Beteiligung geht aber viel weiter: Wir brauchen einen „Stadtvertrag Beteiligung“, in dem die Mindeststandards und Spielregeln der Verfahren verbindlich festgehalten sind. Das gibt allen Seiten Gewissheit. Dazu gehört auch eine zentrale Plattform im Internet, auf der alle Bau- und Planungsvorhaben veröffentlicht werden und zu finden sind. Ein neues Gesetz sorgt endlich und verbindlich für mehr Transparenz und Informationsfreiheit.

1.2. Wir lieben die Berliner Mischung

Mieten/Bauen/Wohnen – Tourismus

Jeder der 12 Berliner Bezirke mit den über 90 Ortsteilen und Kiezen hat seine eigene Urbanität, seinen besonderen Charme. Diese Stadtteile und ihre Bewohner*innen machen Berlin aus. Die Stadt wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner*innen hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist*innen und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere und auch die kleinen Geschäfte.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen

39 Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt,
40 Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Denn die Lebensqualität Berlins
41 bemisst sich daran, dass alle Bürger*innen gleichermaßen daran teilhaben.

42 Wir wollen in einem Berlin leben, in dem für jeden Geldbeutel, für Familien und Singles, für
43 Jüngere und Ältere, für Alteingesessene und Zugezogene ausreichend Wohnraum vorhanden ist –
44 innerhalb wie außerhalb des S-Bahn-Rings, sowohl im Westen als auch im Osten der Stadt. Die
45 Berliner*innen haben mit einem Volksbegehren die rot-schwarze Koalition zu einigen
46 Fortschritten in der Mietenpolitik gezwungen. Aber es bleibt noch viel zu tun: Wir wollen
47 Sozialwohnungen, die nicht nur so heißen, sondern deren Mietpreise tatsächlich sozial sind.
48 Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum, die die Mieten massiv nach oben treibt, wirksam
49 ausbremsen. Deshalb möchten wir das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds
50 absichern und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung
51 aufgrund von Luxussanierungen wollen wir eindämmen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür
52 ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken,
53 treiben wir die energetische Sanierung voran – mit klaren sozialen Leitplanken.

54 Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen
55 bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die
56 ausreichend und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft. Energiesparendes Bauen mit
57 ökologischen Baumaterialien ist nachhaltig und sozial: Denn was wir heute bauen, wird für
58 viele Jahrzehnte nutzbar sein und dafür sorgen, dass die Energie- und Heizkosten nicht durch
59 die Decke gehen. Wir wollen insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierten
60 Baugruppen ermöglichen, an einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung mitzuwirken.
61 Mittelfristig wollen wir den Anteil der Non-Profit-Wohnungswirtschaft am gesamten Berliner
62 Wohnungsbestand von heute knapp 30 Prozent auf mindestens 40 Prozent erhöhen.

63 Sozial verträglich und energetisch nachhaltig: Das sind grüne Maßstäbe für neues Bauen, die
64 in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind 30 Prozent
65 kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. Das
66 Mietenbündnis mit den Berliner Wohnungsbaugesellschaften wollen wir weiterentwickeln und den
67 Milieuschutz ausbauen.

68 Wir stehen für einen nachhaltigen Berlin-Tourismus, der auf einen Interessenausgleich mit
69 den Anwohner*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen
70 und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. Nur wenn Berlin beim Tourismus
71 stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für
72 Besucher*innen aus aller Welt attraktiv bleiben.

73 1.3. Mit Verantwortung investieren statt Steuern verschwenden

74 BER – Verwaltung – Bezirke – Haushalt/Investitionen

75 Wir Berliner*innen lieben unsere Stadt. Aber Berlin ist auch eine Stadt mit etlichen
76 Problemen, die endlich angegangen werden müssen. Wir wollen, dass die Menschen beim
77 Bürgeramt wieder zeitnah einen Termin bekommen und die Jugendämter nicht mehr die weiße
78 Fahne hissen müssen. Wir wollen, dass für alle Kinder ausreichend Schulplätze vorhanden sind
79 und ihnen nicht die Schuldächer über dem Kopf einstürzen. Wir wollen eine gute
80 Verkehrsinfrastruktur, die für alle bezahlbar ist, ohne S-Bahnchaos im Frühjahr, Sommer,
81 Herbst und Winter. Die Infrastruktur unserer Stadt wurde zu lange auf Verschleiß gefahren.
82 Der massive Personalabbau hat Berlin in die Krise getrieben. Die Berliner*innen brauchen und
83 erwarten eine moderne Verwaltung und Infrastruktur. Momentan haben wir es mit einem Politik-
84 und Verwaltungsversagen auf breiter Front zu tun. Der Senat verzettelt sich in
85 Prestigeprojekte – uns geht es darum, dass der Berliner Alltag von Bürgeramt bis S-Bahn
86 endlich wieder funktioniert.

87 Sinnbild für eine gescheiterte Infrastrukturpolitik ist das Kürzel BER. Der
88 Hauptstadtflughafen steht für Kostenexplosion, Intransparenz, Missmanagement und
89 organisierte Verantwortungslosigkeit. Das hat die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger
90 Steuergelder in Milliardenhöhe gekostet. Wir wollen das Verschwenden beenden. Der BER muss
91 ohne weitere Kostenexplosionen, ohne teure Umplanungen oder Erweiterungen an den Start
92 gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren. Und wir
93 bleiben dabei: Tegel schließt, sobald der BER öffnet!

94 Auch die Angestellten im öffentlichen Dienst Berlins verdienen Besseres als die unzumutbare
95 Überlastung, zu der eine verfehlte Personalpolitik, ein hoher Krankenstand und unterbesetzte
96 Stellen geführt haben. Damit muss Schluss sein. Wir setzen auf eine intelligente
97 Personalentwicklung, die Mitarbeiter*innen motiviert und fördert. Und auf eine moderne
98 Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Vor allem in
99 den Bezirksverwaltungen braucht es neues Personal, denn sie erbringen einen Großteil der
100 Leistungen für die Berliner*innen. Wir wollen die Bezirke stärken und ihre finanzielle
101 Gängelung beenden.

102 Wir stehen für eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik und gegen die Verschwendung
103 öffentlicher Mittel. Angesichts des Berliner Schuldenbergs und mit Blick auf die
104 Schuldenbremse ist dies auch in Zukunft unerlässlich. Aber die städtische Infrastruktur darf
105 nicht länger auf Verschleiß fahren. Denn jede marode Straße oder kaputte Schultoilette kommt
106 Berlin und das öffentliche Vermögen auf lange Sicht teuer zu stehen.

107 Finanzielle Gestaltungsspielräume und steigende Steuereinnahmen setzen wir für
108 Zukunftsinvestitionen ein. Statt Reformstau und Wahlkampfgeschenken brauchen wir
109 Investitionen in die Energiewende und ein Berliner Klima-Stadtwerk, in eine nachhaltige
110 Wasser- und Abfallwirtschaft, in den öffentlichen Nahverkehr, die Sanierung und den Neubau
111 von Kitas, Schulen, Krankenhäusern und in mehr Stadtgrün. Kurzum: in eine lebenswerte Stadt
112 mit einer modernen Infrastruktur.

113 1.4. Solidarisches Berlin: Armut bekämpfen und Daseinsvorsorge sichern

114 Armut/Soziales – soziale Infrastruktur – Daseinsvorsorge

115 Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die
116 Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs.
117 Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Wir wollen nicht akzeptieren, dass
118 Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete
119 nicht mehr leisten können oder krank sind. Unser Ziel ist eine gute öffentliche Versorgung
120 für alle. Der Berliner Senat beschränkt sich seit Jahren auf die Dokumentation der sozialen
121 Ungerechtigkeiten, mit der Folge, dass die soziale Spaltung weiter voranschreitet. Wir
122 wollen Armut nicht länger in der Statistik verstecken, sondern frühzeitig bekämpfen und
123 wirksam vermeiden: Mit einer Bildungsoffensive für junge Menschen, die Förderung brauchen;
124 Und mit sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für Langzeitarbeitslose, die dem Gemeinwohl
125 zu Gute kommen und die das Land selbst anbietet.

126 Wir unterstützen die duale Ausbildung. Sie verbindet Schule und Betrieb und ist damit für
127 junge Menschen ein gutes Sprungbrett ins Berufsleben. Außerdem brauchen wir mehr gezielten
128 Sprachunterricht und Ausbildungsangebote in der Jugendhilfe. Mehr als ein Drittel aller
129 Berliner Kinder lebt von Sozialleistungen. Darum werden wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut
130 schaffen, in dem alle Institutionen gemeinsam Hilfe organisieren. Das Prinzip der
131 Sozialraumorientierung gilt für uns ganz generell: Hilfe direkt vor Ort, aus einer Hand, nah
132 bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Um Wohnungsverlust, Zwangsräumungen und
133 Obdachlosigkeit zu verhindern, regeln wir die so genannten „Kosten der Unterkunft“
134 grundlegend neu.

135 Eine gute Grundversorgung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und Teilhabe. Unser Ziel
136 ist eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bezahlbaren Preisen.
137 Die öffentlichen Unternehmen leisten viel für die Lebensqualität in unserer Stadt. Die
138 Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner*innen teuer zu
139 stehen gekommen sind. Für die Zukunft wollen wir unsere öffentlichen Unternehmen fit machen,
140 damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die
141 Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.

142 1.5. Berlin in Europa, Berlin in der Welt

143 Geflüchtete/Integration – Europa – Internationales

144 Die Berliner*innen erfinden sich und ihre Stadt immer wieder neu. Das macht Berlin so
145 lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist
146 Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf
147 hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.

148 Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die
149 Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen
150 die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte
151 Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des
152 Deutschen Reiches. Geschichte sichtbar machen: Dazu braucht unsere Stadt ein umfassendes und
153 mit dem Bund abgestimmtes Gedenkstättenkonzept. Wir setzen uns für die Bewahrung des Archivs
154 der DDR-Opposition ein und unterstützen die Entwicklung des „Campus der Demokratie“ auf dem
155 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Als Weltstadt hat Berlin auch eine
156 globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem
157 wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und
158 nicht aus Kinderarbeit stammen.

159 Aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und
160 Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen
161 Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren
162 werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich
163 vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist
164 ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo,
165 der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Dann kann
166 die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und
167 Bildung sind die Schlüssel für Integration. Wir sehen die Unternehmen und Kammern als
168 Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst
169 rasch einzubeziehen – auch unabhängig von formalen Abschlüssen. Gemeinsam starten wir eine
170 Ausbildungsoffensive für junge Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den
171 Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine
172 Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. Die Ausländerbehörde soll
173 jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder
174 Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen
175 wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen
176 ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser
177 Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranzuführen.

178 Auch wir können die jahrelangen Versäumnisse der Berliner Politik nicht von einem auf den
179 anderen Tag beheben. Aber wir werden eine gemeinsame Task-Force mit den Bezirken einrichten,
180 die Unterkünfte findet und ihre Qualität überprüft. Frauen und besonders schutzbedürftige
181 Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue
182 Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir führen verbindliche
183 Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche

184 Helfer*innen verbessern. Auch Zuziehende aus dem europäischen Ausland heißen wir Willkommen
185 und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und
186 Qualifikationen ein.

187 Berlin hilft den Geflüchteten. Weil wir es können und weil wir es wollen. Tausende
188 hilfsbereiter, ehrenamtlich engagierter Berliner*innen haben das weltoffene Gesicht unserer
189 Stadt geprägt. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Geflüchteten hat eine humanitäre Tragödie
190 verhindert. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber nicht als Ersatz für das
191 Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, die
192 geholfen haben: Danke für diese gelebte Willkommenskultur.